Sächsischer Landtag
4. Wahlperiode

DRUCKSACHE 4 / 11407

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Johannes Lichdi
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Rechtsextremistische Aktivitäten in Leipzig-Reudnitz**

Seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres kann ein verstärktes Auftreten rechtsextremer Strukturen in Leipzig beobachtet werden. So eröffnete Ende September 2007 das Geschäft „TØNSBERG" in der Leipziger Innenstadt, welches ausschließlich die in der rechtsextremen Szene beheimatete Modemarke „Thor Steinar" vertreibt. Zu diesem Zeitpunkt eröffnete auch ein Vereinslokal der sog. „aryan brotherhood" in Leipzig-Mockau. Zudem konnten insbesondere in Leipzig-Reudnitz vermehrt Aktivitäten mit vermeintlich rechtsextremem Hintergrund festgestellt werden. So wurde ein vorwiegend von Studierenden bewohntes Haus in der Holsteinstraße mehrfach Ziel von Übergriffen, wobei auch Schmierereien wie Hakenkreuze u.ä. hinterlassen wurden. Am 12.01. 2008 fand ebenfalls in Leipzig-Reudnitz eine rechtsextreme Demonstration statt.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen darüber vor, warum seit dem vergangenen Jahr vermehrt rechtsextreme Strukturen in Leipzig auftreten und ob dies koordiniert stattfindet?
2. Wie schätzt die Staatsregierung die rechtsextremistischen Strukturen in Leipzig, insbesondere im Stadtteil Reudnitz, ein?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung und dem Staatsschutz über den Übergriff auf besagtes Haus am 22.11.07 vor?
4. Welche Erkenntnisse liegen darüber vor, ob und inwiefern der Übergriff vom 20./21.01.08 im Zusammenhang mit dem Übergriff vom 22.11.07 steht und welche Personen/ Gruppierungen hinter den Übergriffen stehen?

Dresden, den 26.2. 2008

b.w.

Johannes Lichdi MdL

Eingegangen am: 27. FEB. 2008 Ausgegeben am: 02. APR. 2008

5. Welche Erkenntnisse liegen über die rechtsextreme Gruppierung „Freie Kräfte Leipzig“ vor, insbesondere im Zusammenhang mit den genannten Übergriffen?

SÄCHSISCHES
STAATSMINISTERIUM
DES INNERN

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

DER STAATSMINISTER

Präsident des Sächsischen Landtages
Herrn Erich Iltgen, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Dresden, den 31.03.2008
Aktenzeichen: 16-0141.50/1414
(Bitte bei Antwort angeben)

Kleine Anfrage des Herrn Abgeordneten Johannes Lichdi
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs.-Nr.: 4/11407
Thema: Rechtsextremistische Aktivitäten in Leipzig-Reudnitz

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

„Seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres kann ein verstärktes Auftreten rechtsextremer Strukturen in Leipzig beobachtet werden. So eröffnete Ende September 2007 das Geschäft „TØNSBERG" in der Leipziger Innenstadt, welches ausschließlich die in der rechtsextremen Szene beheimatete Modemarke „Thor Steinar" vertreibt. Zu diesem Zeitpunkt eröffnete auch ein Vereinslokal der sog. „aryan brotherhood" in Leipzig-Mockau. Zudem konnten insbesondere in Leipzig-Reudnitz vermehrt Aktivitäten mit vermeintlich rechtsextremen Hintergrund festgestellt werden. So wurde ein vorwiegend von Studierenden bewohntes Haus in der Holsteinstraße mehrfach Ziel von Übergriffen, wobei auch Schmierereien wie Hakenkreuze u. ä. hinterlassen wurden. Am 12.01.2008 fand ebenfalls in Leipzig-Reudnitz eine rechtsextreme Demonstration statt."

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die o. g. Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:
Welche Erkenntnisse liegen darüber vor, warum seit dem vergangenen Jahr vermehrt rechtsextreme Strukturen in Leipzig auftreten und ob dies koordiniert stattfindet?

Bis Ende 2006 war offensichtlich, dass die rechtsextremistische Szene in Leipzig weder über ein ausgeprägtes Darstellungsvermögen in der Öffentlichkeit noch hierzu fähige und engagierte Führungsfiguren verfügte. Dies änderte sich spürbar nach der von den „Freien Kräften Leipzig" boykottierten WORCH-Demo (mit 37 Teilnehmern am 21.07.2007) und äußerte sich anschließend in häufigen Flugblattaktionen in verschiedenen Leipziger Stadtbezirken, in einem wesentlich selbstbewussteren Auftreten gegenüber dem politischen Gegner in der Öffentlichkeit und in einer effektiven Vernetzung rechtsextremistischer Führungskräfte innerhalb des Regierungsbezirkes. Zudem nutzt die rechtsextremistische Szene über das Internetportal „Freies Netz" effektiv die Möglichkeit, Aktionen des politischen Gegners wie auch

Dienstgebäude:
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden

zu erreichen
mit Straßenbahnlinie 3, 6, 7, 8, 13
P Besucherparkplätze
(Bitte beim Pfortendienst W.-Buck-Str. 4 melden)

Telefax
(0351) 564 3199

E-Mail: staatsminister@smi.sachsen.de
Kein Zugang für elektronisch signierte sowie
für verschlüsselte elektronische Dokumente.

staatliche Maßnahmen hervorzuheben, zu kommentieren und eigene Aktivitäten als politischen Gegenpol darzustellen.

Derzeit sind Auflösungserscheinungen ehemals aktiver Kameradschaften zu beobachten, die mit der Hinwendung der ehemaligen Mitglieder zu den „Freien Kräften Leipzig" einhergehen. Es sind darüber hinaus Vernetzungsbestrebungen der Leipziger/Delitzscher „Freien Kräften" in Richtung Sachsen-Anhalt und in den Landkreis Altenburg wie zu den „Freien Kräften" des Landkreises Leipziger Land erkennbar, wobei letztgenannte über Kontakte in die Landkreise Chemnitz, Mittweida und insbesondere in den Landkreis Altenburg verfügen.

Frage 2:
Wie schätzt die Staatsregierung die rechtsextremistischen Strukturen in Leipzig, insbesondere im Stadtteil Reudnitz, ein?

Die rechtsextremistische Szene Leipzigs ist keine homogene Erscheinung mit hierarchischer Führungsstruktur. Vielmehr ist sie facettenreich und in ihrem Auftritts- und Erscheinungsbild sehr differenziert. Insbesondere in der subkulturell geprägten, gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene bestehen verschiedene Interessen. Erkenntnisse über ein strategisches Vorgehen innerhalb der Szene liegen nicht vor. Durch die Polizeidirektion Leipzig wurde ein vermehrtes Auftreten rechtsextremer Aktionen in Leipzig, insbesondere im Stadtteil Reudnitz, festgestellt. Es liegen jedoch keine Erkenntnisse darüber vor, dass sich der Stadtteil Reudnitz zu einem Stadtbezirk mit einer herausragenden Bedeutung im Bereich des Rechtsextremismus entwickeln könnte. So sind beispielsweise Flugblattaktionen nicht nur auf diesen Stadtteil begrenzt, sondern auch in Einkaufszentren und auf Parkplätzen des gesamten Stadtgebietes öffentlich wahrnehmbar.

Der NPD-Kreisverband Leipzig ist mit über 100 Mitgliedern der stärkste Kreisverband im Freistaat Sachsen. In den vergangenen drei Jahren waren keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten zu verzeichnen. Das Parteileben beschränkt sich auf Mitgliederversammlungen, Mitgliederstammtische und interne Vortragsveranstaltungen. Nachdem es im Freistaat Sachsen über einen längeren Zeitraum keinen aktiven Kreisverband der Partei „Die Republikaner" (REP) mehr gegeben hatte, wurde im Februar 2007 der REP-Kreisverband Leipzig neu gegründet. Von diesem gehen jedoch keine nennenswerten öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten aus. Die „Deutsche Volksunion" (DVU) ist zwar in Leipzig mit einem Kreisverband strukturiert, nennenswerte Aktivitäten gehen von diesem jedoch ebenfalls nicht aus.

Hinsichtlich der Tendenz ehemaliger Kameradschaftsmitglieder, sich bei den „Freien Kräften" einzubringen, wird auf die Antwort auf Frage 1 Bezug genommen.

Es liegen weitere Erkenntnisse vor, die jedoch im Rahmen der öffentlichen Beantwortung der Anfrage aus Gründen der Geheimhaltung nicht mitgeteilt werden können, da sonst Rückschlüsse auf die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde und somit darauf, wie sie ihre Informationen erhebt, gezogen werden könnten. Der Parlamentarischen Kontrollkommission wird auf deren Verlangen weitergehende Auskunft erteilt. Im Übrigen wird auf die beiden letzten Absätze der ergänzenden Antwort vom 3. Juni 2002 auf Frage 1 der Drucksache 3/5973 verwiesen.

Frage 3:
Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung und dem Staatsschutz über den Übergriff auf besagtes Haus am 22.11.07 vor?

Am 22. November 2007 wurde die Polizei informiert, dass sich zwischen 20 und 40 jugendliche Personen in Höhe Holsteinstraße 15, 04317 Leipzig, aufhielten und dabei Parolen wie „Rotfront verrecke" grölen sowie Feuerwerkskörper zünden würden. Durch die zeitnah nach Meldungseingang eintreffende Polizei konnten keine Personen im Umfeld des Wohngrundstückes festgestellt werden. Allerdings war an der Hausfassade, neben Schriftzügen in engli-

scher Sprache, auch ein ca. 70 cm x 70 cm großes Hakenkreuz und in den Dimensionen 4 m x 40 cm der Schriftzug „Nie wieder Deutschland“ festzustellen.

Hinsichtlich der Hakenkreuzschmiererei wurde ein Ermittlungsverfahren gem. § 86a StGB und wegen des Fassadenbeschusses mit Feuerwerkskörpern gem. § 303 StGB eingeleitet. Beide gegen „Unbekannt“ geführte Ermittlungsverfahren gelangten ohne Täterermittlung an die StA Leipzig zur abschließenden Entscheidung.

Frage 4:
Welche Erkenntnisse liegen darüber vor, ob und inwiefern der Übergriff vom 20./21.01.08 im Zusammenhand mit dem Übergriff vom 22.11.07 steht und welche Personen/Gruppierungen hinter den Übergriffen stehen?

Keine.

Frage 5:
Welche Erkenntnisse liegen über die rechtsextreme Gruppierung „Freie Kräfte Leipzig“ vor, insbesondere im Zusammenhang mit den genannten Übergriffen?

Zu Erkenntnissen über die Gruppierung „Freie Kräfte Leipzig“ wird auf die Beantwortung der Frage 1 verwiesen. Im Zusammenhang mit den genannten Übergriffen liegen keine Erkenntnisse vor.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Albrecht Buttolo

Sächsischer Landtag
4. Wahlperiode

DRUCKSACHE 4 / 11408

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Johannes Lichdi
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Polizeieinsatz während der rechtsextremistischen Demonstration in Leipzig-Reudnitz am 12.01. 2008**

Im Vorfeld um am Rande der Demonstration vom 12.01.08 wurde das Haus in der Holsteinstraße Objekt mehrerer Polizeieinsätze. Am Vormittag verschaffte sich nach Aussage mehrerer Anwohner die Polizei ohne Ankündigung gewaltsam Zutritt zu dem Haus. Nach einer Durchsuchung des Treppenhauses und des Dachbodens wurde letzterer versiegelt. Vor der Zwischenkundgebung der angemeldeten rechtsextremen Demonstration wurde das Haus erneut gestürmt und die Sicherungen wurden herausgedreht, vorauf die Stromversorgung unterbrochen wurde.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Welche Erkenntnisse lagen im Vorfeld der Demonstration sowohl über die Veranstalter, als auch über die Hausbewohner vor?
2. Wie wurde die Situation seitens der Polizei und des Staatsschutzes im Vorfeld der Demonstration eingeschätzt?
3. In welcher Form und in welchem Umfang wurden in Vorbereitung auf die Demonstration Informationen zwischen der Bereitschaftspolizei und der Leipziger Polizeidirektion ausgetauscht?
4. Standen die für den gesamten Polizeieinsatz Verantwortlichen und die Einsatzleitung vor Ort in ständigem Kontakt und wurden auch während dieses Zeitraumes permanent Informationen ausgetauscht?
5. Was hat die zuständige Einsatzleitung vor Ort dazu veranlasst, mehrfach gewaltsam in das Haus einzudringen bzw. gab es begründete Hinweise, die ein solches Vorgehen als verhältnismäßig erscheinen ließen?

Dresden, den 26.2. 2008

Johannes Lichdi MdL

Eingegangen am: 27. FEB. 2008 Ausgegeben am: 02. APR. 2008

SÄCHSISCHES
STAATSMINISTERIUM
DES INNERN

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

DER STAATSMINISTER

Präsident des Sächsischen Landtages
Herrn Erich Iltgen, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Dresden, den 30.03.2008
Aktenzeichen: 31-0141.50/3907
(Bitte bei Antwort angeben)

Kleine Anfrage des Herrn Abgeordneten Johannes Lichdi, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Drs.-Nr.: 4/11408
Thema: Polizeieinsatz während der rechtsextremistischen Demonstration in Leipzig-Reudnitz am 12.01.2008

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

„Im Vorfeld und am Rande der Demonstration vom 12.01.08 wurde das Haus in der Holsteinstraße Objekt mehrerer Polizeieinsätze. Am Vormittag verschaffte sich nach Aussage mehrerer Anwohner die Polizei ohne Ankündigung gewaltsam Zutritt zu dem Haus. Nach einer Durchsuchung des Treppenhauses und des Dachbodens wurde letzterer versiegelt. Vor der Zwischenkundgebung der angemeldeten rechtsextremen Demonstration wurde das Haus erneut gestürmt und die Sicherungen wurden herausgedreht, worauf die Stromversorgung unterbrochen wurde."

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die o. g. Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:
Welche Erkenntnisse lagen im Vorfeld der Demonstration sowohl über die Veranstalter, als auch über die Hausbewohner vor?

Im Vorfeld der Versammlung am 12.01.2008 lagen zu den Versammlungsteilnehmern, bis auf die Person des Anmelders, keine Erkenntnisse vor.

Der Anmelder der Versammlung war im Vorfeld bereits mehrfach wie folgt in Erscheinung getreten:

1. Träger des Frontplakates bei der Worch-Demonstration am 01.05.2005 in Leipzig
2. Beteiligung an einer tätlichen Auseinandersetzung in Leipzig am 27.01.2007
3. Teilnehmer an der Veranstaltung des Gesprächskreises „Geheimakte Heß" im Mai 2007 in Leipzig

4. Aktiver Teilnehmer an Gegenaktionen, welche im Zusammenhang mit den Protestbekundungen der linken Szene gegen die Textilwarenhandlung „Tønsberg“ in Leipzig durchgeführt worden sind

Hinsichtlich der Hausbewohner des Wohngrundstückes Holsteinstraße 15 lagen keine Erkenntnisse vor.

Darüber hinaus liegen Erkenntnisse vor, die jedoch im Rahmen der öffentlichen Beantwortung der Anfrage aus Gründen der Geheimhaltung nicht mitgeteilt werden können, da sonst Rückschlüsse auf die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde und somit darauf, wie sie ihre Informationen erhebt, gezogen werden könnten. Der Parlamentarischen Kontrollkommission wird auf deren Verlangen weitergehende Auskunft erteilt. Im Übrigen wird auf die beiden letzten Absätze der ergänzenden Antwort vom 3. Juni 2002 auf Frage 1 der Drucksache 3/5973 verwiesen.

Frage 2:
Wie wurde die Situation seitens der Polizei und des Staatsschutzes im Vorfeld der Demonstration eingeschätzt?

Auf Grund der fehlenden, bei Demonstrationen der rechten Szene in Leipzig sonst üblichen Mobilisierungen war eine konkrete Lageeinschätzung im Vorfeld der Demonstration am 12.01.2008 nur eingeschränkt möglich. Insbesondere zu Teilnehmerzahlen und zu erwartendem Gewaltpotenzial lagen keine detaillierten Erkenntnisse vor.

Frage 3:
In welcher Form und in welchem Umfang wurden in Vorbereitung auf die Demonstration Informationen zwischen der Bereitschaftspolizei und der Leipziger Polizeidirektion ausgetauscht?

Frage 4:
Standen die für den gesamten Polizeieinsatz Verantwortlichen und die Einsatzleitung vor Ort in ständigem Kontakt und wurden auch während dieses Zeitraumes permanent Informationen ausgetauscht?

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 3 und 4:

Am 11.01.2008 fand in der Polizeidirektion Leipzig eine Einsatzbesprechung des Polizeiführers der Polizeidirektion Leipzig statt, an der auch ein Vertreter der Bereitschaftspolizei Sachsen teilnahm. Im Weiteren wurden Lageerkenntnisse kontinuierlich auf telefonischem Wege zwischen der Polizeidirektion Leipzig und der Bereitschaftspolizei Sachsen ausgetauscht. Die für den gesamten Polizeieinsatz Verantwortlichen und die Einsatzleitung vor Ort standen während des Polizeieinsatzes in ständigem Kontakt. Es erfolgte ein permanenter Informationsaustausch.

Frage 5:
Was hat die zuständige Einsatzleitung vor Ort dazu veranlasst, mehrfach gewaltsam in das Haus einzudringen bzw. gab es begründete Hinweise, die ein solches Vorgehen als verhältnismäßig erscheinen ließen?

Im Rahmen des Einsatzgeschehens am 12.01.2008 wurde der Polizeidirektion Leipzig um 12.25 Uhr bekannt, dass sich auf dem Dach des Hauses Holsteinstraße 15 mehrere Personen aufhalten sollen. Zur Abwehr einer möglichen Absturzgefahr für die Personen auf dem Dach sowie zum Schutz der eingesetzten Polizeibediensteten vor möglichen Wurfgeschossen wurde das Wohngrundstück durch Polizeibedienstete betreten und der Dachboden sowie die Dachfläche durchsucht. Personen wurden nicht festgestellt. Um ein Betreten des Daches zu verhindern, wurde die Dachbodentür für die Dauer des Polizeieinsatzes versiegelt.

Der Aufzug erreichte gegen 14.30 Uhr mit ca. 340 Teilnehmern den Platz der Zwischenkundgebung in Höhe Holsteinstraße/Lipsiusstraße. Bereits zu diesem Zeitpunkt war aus einem geöffneten Fenster im 3. Obergeschoss der Holsteinstraße 15 lautstarke Musik zu hören. Der Versammlungsleiter beschwerte sich umgehend über die Störung seiner Versammlung beim Vertreter der Versammlungsbehörde und einem Abschnittsführer des Polizeivollzugsdienstes. Nach Formierung der Versammlungsteilnehmer zur Durchführung der Zwischenkundgebung wurde ein weiteres Fenster im selben Haus geöffnet und ein großer Lautsprecher auf das Fensterbrett gestellt. In der Folge wurde der gesamte Kundgebungsplatz lautstark beschallt. Für die Zwischenkundgebung vorgesehene Redebeiträge wurden auf diese Weise unmöglich gemacht, was zu einer weiteren Beschwerde des Versammlungsleiters führte. Gleichzeitig erklärte er, dass er mit dem Aufzug solange vor Ort verbleiben werde, bis er sein Versammlungsrecht ungehindert wahrnehmen könne.

Durch Polizeibedienstete wurde daraufhin versucht, mit den Bewohnern der Holsteinstraße 15 einen Konsens dahingehend zu finden, der einerseits die Möglichkeit des friedlichen und tolerierbaren Protests der Hausbewohner und andererseits die ungestörte Wahrnahme des Rechts auf Versammlungsfreiheit gewährleisten sollte. Es wurde versucht, dazu gezielt Einzelpersonen anzusprechen. Im Wohngrundstück dominierten allerdings unkooperative und aggressive Personen.

Da die Polizeibediensteten weder einen Ansprechpartner noch einen Verantwortliche für die Musikbeschallung feststellen konnten, wurde um 14.46 Uhr durch Entfernen der Schraubsicherung die Stromversorgung im Wohnhaus unterbrochen. Nach dem störungsfreien Abschluss der Zwischenkundgebung und Fortsetzung des Aufzuges wurde um 15.00 Uhr die Stromversorgung wiederhergestellt.

Durch die polizeiliche Maßnahme wurde die rechtswidrige die Störung der Versammlung im erforderlichen Umfang und im Rahmen der Verhältnismäßigkeit mit einem geeigneten Mittel unterbunden. Die Verpflichtung hierzu folgte aus dem grundgesetzlichen Gebot, Störungen zulässiger Versammlungen durch Private zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Albrecht Buttolo

Sächsischer Landtag
4. Wahlperiode

DRUCKSACHE 4 / 11409

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Johannes Lichdi
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Rechtsextremistische Demonstration in Leipzig-Reudnitz**

Am 12.01.2008 fand eine rechtsextremistische Demonstration in Leipzig-Reudnitz statt. Während der Demonstration wurden u.a. Transparente mit der Aufschrift „BRD abwickeln – Deutschland befreien" oder „Gegen Demokraten und Linksfaschisten" mitgeführt, zudem wurden Parolen wie „Wir sind Nationale Sozialisten" oder „Nie wieder Krieg nach unserem Sieg" skandiert. Anmelder der Demonstration war Istvan Repaczki, welcher mutmaßlich dem Spektrum der „Freien Kräfte Leipzig" angehört. Die Route der Demonstration führte zudem an dem im November angegriffenen Haus vorbei, hier wurde auch eine Zwischenkundgebung abgehalten.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen über die Teilnehmer und Veranstalter der Demonstration vor?
2. Wie ist die Demonstration im Zusammenhang mit den vermehrten Aktivitäten rechtsextremistischer Strukturen in Leipzig zu bewerten und welche Rolle spielen die „Freien Kräfte Leipzig" dabei?
3. In welcher Form und in welchem Umfang wurden im Vorfeld der Demonstration Informationen zwischen dem Leipziger Ordnungsamt und der Polizei ausgetauscht?
4. War der Polizei bzw. dem Verfassungsschutz bekannt, dass es bereits im November zu einem Übergriff auf das Haus gekommen ist und wurde dies auch dem Ordnungsamt mitgeteilt?
5. Sind die genannten Aufschriften und Parolen als verfassungsfeindlich einzustufen?

Dresden, den 26.2. 2008

Johannes Lichdi MdL

Eingegangen am: 27. FEB. 2008 Ausgegeben am: 02. APR. 2008

SÄCHSISCHES
STAATSMINISTERIUM
DES INNERN

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

DER STAATSMINISTER

Präsident des Sächsischen Landtages
Herrn Erich Iltgen, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Dresden, den 30.03.2008
Aktenzeichen: 33-0141.50/3908
(Bitte bei Antwort angeben)

Kleine Anfrage des Herrn Abgeordneten Johannes Lichdi, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs.-Nr.: 4/11409
Thema: Rechtsextremistische Demonstration in Leipzig-Reudnitz

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

„Am 12.01.2008 fand eine rechtsextremistische Demonstration in Leipzig-Reudnitz statt. Während der Demonstration wurden u. a. Transparente mit der Aufschrift „BRD abwickeln - Deutschland befreien" oder „Gegen Demokraten und Linksfaschisten" mitgeführt, zudem wurden Parolen wie „Wir sind Nationale Sozialisten" oder „Nie wieder Krieg nach unserem Sieg" skandiert. Anmelder der Demonstration war Istvan Repaczki, welcher mutmaßlich dem Spektrum der „Freien Kräfte Leipzig" angehört. Die Route der Demonstration führte zudem an dem im November angegriffenen Haus vorbei, hier wurde auch eine Zwischenkundgebung abgehalten."

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die o. g. Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:
Welche Erkenntnisse liegen über die Teilnehmer und Veranstalter der Demonstration vor?

An der Demonstration am 12. Januar 2008 durch Leipzig-Reudnitz beteiligten sich 340 Personen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg, Thüringen und Bayern. Die Angabe personenbezogener Daten unterbleibt, da eine Nennung dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht entgegensteht.

Frage 2:
Wie ist die Demonstration im Zusammenhang mit den vermehrten Aktivitäten rechtsextremistischer Strukturen in Leipzig zu bewerten und welche Rolle spielen die „Freien Kräfte Leipzig" dabei?

Diese Veranstaltung stellt die Umsetzung einer neuen Strategie der „Freien Kräfte Leipzig" dar. Ziel der Strategie soll sein, durch kurzfristige und interne Planung von Aktionen dem politischen Gegner die Möglichkeiten zu Gegenveranstaltungen zu nehmen. Zur Demonstration wurde nach Aussagen aus dem Internet erstmals ausschließlich intern mobilisiert. Dass sich daran 340 Personen beteiligten, bewertet die Szene als Erfolg.

Frage 3:
In welcher Form und in welchem Umfang wurden im Vorfeld der Demonstration Informationen zwischen dem Leipziger Ordnungsamt und der Polizei ausgetauscht?

Auf der Grundlage einer aktuellen polizeilichen Lagebewertung wurden mit der Versammlungsbehörde mögliche Störfaktoren aus dem Aufzug heraus und zu erwartende Gegenaktionen der linken Szene besprochen.

Zwischen dem Ordnungsamt der Stadt Leipzig, dem Anmelder und der Polizei fand nach formeller Versammlungsanmeldung kurzfristig ein Kooperationsgespräch statt. Darin wurden weitere Informationen, z. B. zur Anzahl der einzusetzenden Ordner und zur Versammlungsstrecke, ausgetauscht.

Frage 4:
War der Polizei bzw. dem Verfassungsschutz bekannt, dass es bereits im November zu einem Übergriff auf das Haus gekommen ist und wurde dies auch dem Ordnungsamt mitgeteilt?

Dieser Umstand war der Polizeidirektion Leipzig und dem Ordnungsamt Leipzig bekannt. Dem Landesamt für Verfassungsschutz wurde das Ereignis erst nach der Demonstration vom 12. Januar 2008 bekannt.

Frage 5:
Sind die genannten Aufschriften und Parolen als verfassungsfeindlich einzustufen?

Der Begriff „Nationale Sozialisten" entstammt dem ideologischen Konzept einer Volksgemeinschaft, die der pluralistischen Gesellschaft entgegengestellt wird. Dieses Konzept ist mit deutlichen antikapitalistischen Positionen und marxistischen Denkansätzen durchsetzt. Die Ordnung der Volksgemeinschaft und ein „Nationaler Sozialismus" können nur mit einer Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln einhergehen. Im Vordergrund steht der gemeinsame Kampf gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland.

Die beiden auf Transparenten aufgeführten Aussagen „BRD abwickeln – Deutschland befreien" und „Gegen Demokraten und Linksfaschisten" entsprechen dem Selbstverständnis der „Freien Nationalisten", die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht anzuerkennen. Die Parole „Nie wieder Krieg nach unserem Sieg" impliziert das gewaltsame Abschaffen der demokratischen Grundprinzipien und ist somit ebenso wie die Aussagen auf den Transparenten als verfassungsfeindlich einzustufen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Albrecht Buttolo